

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: 8 1 Berolina 5481, Tel.-Adr.: Rotschne Berlin. Berl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH, Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 876.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inserat“, Allgemeine Inseraten-Expedition GmbH, Berlin W 9, Schellingstr. 1, Telefon: B 1 R 4 r f ü r t 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis in Berlin u. Orten mit eta. Zust.: pro Woche 60 Pf., pro Monat 2.60 M., einjährl. Bezugspreis pro Monat 2.60 M., nebst Postgeb., Streifband im Inland 4.20 M., im Ausland 4.50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12ges. Millimeterzeile 35 Pf.; die 6ges. Zertimillimeterzeile 2, 30 M. Arbeiterorgani. u. Familienanz.; Millimeter 20 Pf. Kleine Anz.: Zertwort 20 Pf., Ueberdrift 30 Pf., Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.

Jugend, erlömpfe deine Freiheit!

Internationaler Jugendtag unter dem Banner des Kommunismus

1.3 Millionen Jugendliche ohne Arbeit, ohne einen Pfennig

Ueber Deutschlands werktätige Jugend bricht die Katastrophe herein, wenn die arbeitende Klasse die tatsächlichen Herrscher von heute nicht niederringt. Von über sieben Millionen Jugendlichen im Alter von 14 bis 21 Jahren sind 1.3 Millionen völlig erwerbslos. Was geschieht mit diesem Millionenheer? Eine Million und einhunderttausend erhalten keinen Pfennig Unterstützung. Unendlich grausam ist das Schicksal dieser Jugend, die keine Arbeit und kein Geld bekommt, und die man von den Arbeitsämtern ohne einen Pfennig nach Hause schickt, wo der Vater selbst meist ohne Arbeit ist. Die kapitalistischen Herrschaften, die so fleißig die „christliche Kultur“ und die Bibel im Munde führen, treiben hunderttausende junger Menschen, die nicht mehr wissen, wovon sie leben sollen, dem Verbrechen und der Prostitution in die Arme... und regen sich dann über die „Sittenlosigkeit“ der Jugend auf.

3 bis 4 Pfennig Stundenlohn

5.7 Millionen Jugendliche in Deutschland sind erwerbstätig, aber unter welchen Bedingungen! Ihre Löhne sind so schandbar niedrig, daß sie dem Unternehmer Profite garantieren, wie er sie sonst nur in den Kolonien noch finden könnte. Und darum werden heute auch von den Ausbeutern verhältnismäßig viel mehr Jugendliche beschäftigt, als in früheren Zeiten. Da gibt es in Zigaretten-, Maschinen- und Edelmetallfabriken einen Stundenlohn von 12 Pfennigen, und die Kriegsmaterialfabriken zahlen 3 bis 4 Pfennige Stundenlohn.

Aber es bleibt nicht einmal bei diesen Löhnen, die schon tief unter der Grenze der notwendigen Lebensbedingungen liegen. Papens Wirtschaftsprogramm, das durch Notverordnung in dieser Woche Gesetz werden soll, hat das Ausbeuterpaß zu unethischen Wirtstößen zum Anlaß genommen.

Lohnabbau, wohin wir blicken! In Westdeutschland haben die Unternehmer den Lohnsatz der Ruhrbergarbeiter gekündigt, und 30 000 Jungkumpels sollen mit noch weniger Geld nach Hause ziehen. In Ostpreußen ist hunderttausenden jugendlichen Hofsängern gekündigt worden, um ihren Schandlohn um weitere 5 Prozent zu senken. In der sächsischen Textilindustrie, wo 40 Prozent Jugendliche, vor allem weibliche Arbeitskräfte beschäftigt sind, verlangen die Unternehmer einen Lohnabbau von nicht weniger als 8 bis 26 Prozent. Kündigung in allen Glasfabriken, wo ein Viertel der Belegschaft aus Jugendlichen besteht. Ferienverminderung in der Zigarettenindustrie, in der die große Belegschaftsmehrheit sich aus Jungarbeiterinnen rekrutiert. Kündigung des Gehaltsabkommens für die 50 000 kaufmännischen Angestellten des Einzelhandels. Was wollen die Profittölpel denn da noch abbauen? Heute schon beträgt doch das Durchschnittsgehalt einer 18- bis 19jährigen Verkäuferin bestenfalls 60 bis 65 Mark.



Das reicht nicht zum Leben: das reicht zum Verhungern oder zur Prostitution.

Die Werksschulen und Lehrwerkstätten stehen vor der Schließung; ja, die UEG hat ihre Werksschule bereits zugemacht. Bei

Bergmann in der Seestraße sind jämliche auslernen Lehrlinge hinausgeworfen, und jetzt tritt die Direktion an sie heran: sie könnten einen oder zwei Tage in der Woche wieder arbeiten, aber Vergütung gäbe es nicht.

Der Arbeitsdienst, ob „freiwillig“ oder offen zwangsmäßig, verbessert nicht die Lage des Jungproletariats, nein er verschlimmert die Situation aller Arbeiter. Schon werden beim Straßen- und Tiefbau der Eisenbahn die dort beschäftigten Arbeiter massenweise auf die Straße gesetzt. Sie müssen Platz machen für die jungen lohnbrüden Arbeitsdienstpflichtigen. So ist es auch in den bayerischen Forsten, wo die Stammarbeiter hinausgeworfen und Arbeitsdienstpflichtige eingesetzt werden, zu Hungerlöhnen, in menschenunwürdigen Kommandoten angetrieben, bei schmalster Kost und einem winzigen Taschengeld.

Nicht im Kapitalismus verkommen, sondern im Sozialismus leben!

Zu Hunderttausenden schon in der Blüte ihres Lebens als unnütz weggeschleudert, von Geldräubern als Ausbeutungsobjekt schamlos mißbraucht, in den Arbeitsdienstlagern als Herdenvieh ohne eigenen Willen, ohne eigenes Leben gebrüht — so vegetiert Deutschlands werktätige Jugend ohne Ziel und Lebenssinn dahin.

Das muß und wird anders werden. Und heute demonstriert der Internationale Jugendtag in allen Ländern dafür, daß es anders wird. Schon hat sich die fortgeschrittenste, reifste und mutigste Jugend unter den Fahnen des Kommunismus, unter den Fahnen der Partei und ihres Jugendverbandes gesammelt, weil sie zusammen mit dem werktätigen Jungvolk ihr Brot und Recht und Freiheit erkämpfen.

Sie verbieten dem Jungproletariat heute für eine bessere Zukunft zu demonstrieren. Aber sie können nicht verbieten und keine Macht der Welt kann verhindern, daß Millionen Jungwerktätige sich mit der befreiten jungen Generation der Sowjetunion verbänden. Sie können nicht verbieten, daß auch in Deutschland der Kommunismus die kämpfende, proletarische Jugend erobert zum Kampf, an dessen siegreichem Ende die Arbeiter- und Bauernrepublik Deutschlands stehen wird.

Schon Dienstag kommt die neue Notverordnung

Mobil gemacht! Höchste Gefahr für die Arbeiterchaft

Geßtern hat von Papen die neue Notverordnung dem Reichspräsidenten zur Unterschrift nach Weizsäcker überfandt, nachdem das Kabinett die endgültige Formulierung beschlossen hat. Am Dienstag schon soll die Notverordnung verkündet werden. Damit treten alle Maßnahmen in Kraft, die in der Programmrede Papens am vergangenen Sonntag in Münster bekanntgegeben worden sind.

An der Börse hat eine stürmische Panik eingesetzt. Die Kurse von IG-Farben, Siemens und anderen Großunternehmen stiegen um 3 bis 5 Punkte. Die Nachfrage nach festverzinslichen Papieren wächst ständig. Die Kapitalisten sehen ihren Himmel voller Geigen.

„Jedem das Seine!“ So sprach von Papen in Münster. Was die kapitalistischen Machthaber darunter verstehen, wird die neue

Notverordnung zeigen. Sie bringt den Arbeitern einen Lohnabbau ohne Gleichen, Zerschmetterung der Tarifverträge, Krumpersystem, den Abbau der Sozialversicherung. Ihre Not ist

Zuschiffenturs bei der Polizei

Vorsitzender des Schrader-Verbandes tritt zurück

Der Vorsitzende des Verbandes preussischer Polizeibeamten, Schrader, ist, angeblich aus „Gesundheitsrücksichten“, von seinem Posten zurückgetreten. Schrader ist Sozialdemokrat und folgt mit diesem freiwilligen Rücktritt nur den Spuren seines Herrn und Meisters Sperring.

toten Gold für die Truhknechte. Diesen winterlichen Millionenprofite, schrankenlose Ausbeutungsfreiheit, Sonderprämien, Steuererleichterungen in einem noch nie dagewesenen Ausmaß. Die Reichen sollen noch reicher, die Armen noch ärmer werden.

Um dieses System noch besser sägen zu können, wird fleißig daran gearbeitet, unter dem Deckmantel einer Reichsreform eine stärkere Konzentration der Staatsgewalt herbeizuführen. In dieser Linie liegt bereits eine Verordnung der kommissarischen Preußenregierung, die schon am Freitag verabschiedet worden ist.

Das Papen-Programm ist ein Generalangriff auf die elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse, Antifaschisten! Rührt die Trommel! Macht die Feinde mobil! Ruft die Erwerbslosen zum Kampf! Ohne Unterschied der Parteien müssen sich alle Arbeiter in der antifaschistischen Aktion, in der roten Einheitsfront, zusammenfinden zum gemeinsamen Kampf